



Detailansicht des Registereintrags

Brot für die Welt, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.

Aktuell seit 19.10.2026 08:37:39

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001414
Ersteintrag:	24.02.2022
Letzte Änderung:	19.10.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	29.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontaktdaten:	Adresse: z. Hd. Anja Esch Caroline-Michaelis-Str. 1 10115 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4930652111840 E-Mail-Adressen: lobbyregister@brot-fuer-die-welt.de Webseiten: <u>www.brot-fuer-die-welt.de</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Sonstiges,
Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

430.001 bis 440.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

2,36

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Dr. Dagmar Pruin

Funktion: Präsidentin Brot für die Welt und Diakonie Katastrophenhilfe

2. Dr. Jörg Kruttschnitt

Funktion: Vorstand Finanzen, Personal und Recht

3. Rüdiger Schuch

Funktion: Präsident Diakonie Deutschland

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (21):

1. Dr. Andreas Grünewald

Tätigkeit bis 09/21:

wissenschaftlicher Mitarbeiter

für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

2. Mareike Haase

3. Dr. Johannes Icking

4. Francisco Marí Lopez

5. Silke Pfeiffer

6. Stig Tanzmann

7. Sabine Minninger

8. Julia Stoffner

Tätigkeit bis 06/21:

Expertin für Kommunikation und Key Account Managerin

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

9. Dr. Ingrid Jacobsen

10. Dr. Jörn Grävingholt

Tätigkeit bis 05/23:

wissenschaftlicher Mitarbeiter

Deutsches Institut für Entwicklung und Nachhaltigkeit (IDOS)

11. Anja Esch

12. Farina Hoffmann

13. Nicola Wiebe

14. Christine Meissler

15. Thilo Hoppe

16. Dr. Till Bender

Tätigkeit bis 12/24:

Referent für internationale Politik im Zentrum für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit

Rosa-Luxemburg-Stiftung - Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V. (RLS)

17. Stier Kristina

18. Amelie Overmann

Tätigkeit bis 12/23:

Büroleitung

für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

19. Caroline Kruckow

20. Dr. Kathrin Strobel

21. Dr. Dagmar Pruin

Gesamtzahl der Mitglieder:

115 Mitglieder am 26.06.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (52):

1. ACT Alliance
2. AK Rohstoffe
3. Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel
4. Aktionsbündnis gegen AIDS
5. Aktionsbündnis Menschenrechte Philippinen
6. Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" e.V.
7. Arbeitsgemeinschaft der Entwicklungsdienste e.V. (AGdD)
8. Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung - FriEnt
9. Arbeitskreis Lerne und Helfen in Übersee e.V.
10. CAN (Climate Action Network) Europe
11. CorA (Corporate Accountability) - Netzwerk für Unternehmensverantwortung
12. Deutsche Menschenrechtskoordination Kolumbien (MRKK)
13. Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko
14. ECPAT Deutschland e.V., Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der Kinder vor sexueller Ausbeutung
15. erlassjahr.de
16. ETO-Konsortium Menschenrechte jenseits staatlicher Grenzen
17. Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE)
18. Focus Sahel
19. Forum Fairer Handel
20. Forum Menschenrechte e.V.
21. Forum Umwelt und Entwicklung
22. Geneva Global Health Hub

23. Global Coalition for Social Protection Floor
24. Kampagne Steuer gegen Armut
25. Klima-Allianz
26. Klima-Kollekte gGmbH - Gesellschafterversammlung
27. KOK - Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V.
28. Koordinationskreis ILO 169 - Rechte indigener Völker stärken!
29. Konsortium ZFD - Ziviler Friedensdienst
30. Koordinierungskreis Mosambik e.V.
31. Myanmar Netzwerk
32. Netzwerk Agenda 2030
33. ODHACO Oficina Internacional de Derechos Humanos - Acción Colombia
34. Ökumenische Angolarunde
35. Ökumenisches Netz Zentralafrika
36. Plattform Zivile Konfliktbearbeitung e.V.
37. Roundtable Human Rights in Tourism e.V.
38. Runder Tisch Brasilien
39. Runder Tisch Zentralamerika
40. Studienkreis für Tourismus und Entwicklung e.V.
41. Trägerverein des Deutschen Instituts für Menschenrechte
42. Transfair e.V.
43. Werkstatt Ökonomie e.V. - Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA)
44. VENRO (Bundesverband entwicklungspolitischer und humanitärer Nichtregierungsorganisationen)
45. Zimbabwe Europe Network
46. ACT Middle East Working Group
47. Koalition für Faire Fischereiabkommen (CFFA)
48. Trägerkreis Bits und Bäume
49. Rechtsextremismus-stoppen!
50. Nepal Dialogforum für Frieden und Menschenrechte
51. North East India Forum
52. Sri Lanka Advocacy Netzwerk

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (30):

Außenpolitik; Internationale Beziehungen; Menschenrechte; Außenwirtschaft; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Entwicklungspolitik; EU-Gesetzgebung; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU; Arzneimittel; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Fischerei/Aquakultur; Land- und Forstwirtschaft; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Digitalisierung; Meinungs- und Pressefreiheit; Asyl und Flüchtlingsschutz; Migration; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration";

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Tourismus; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Bank- und Finanzwesen; Handel und Dienstleistungen; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"; Friedens-/Sicherheitspolitik

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Brot für die Welt nimmt als Teil des Evangelischen Werkes für Diakonie und Entwicklung e.V. (EWDE) für die evangelische Kirche Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit und der weltweiten zwischenkirchlichen Hilfe wahr. Es fördert gemäß Satzungsauftrag mit seiner Arbeit die Entfaltung der Potentiale, die Verbesserung der Chancen und die Durchsetzung der Rechte aller Menschen. Dies erfolgt insbesondere durch die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Afrika, Asien und Pazifik, Lateinamerika und Osteuropa und von Partnerkirchen.

Die Arbeit von Brot für die Welt zielt auf die Überwindung von Hunger und Armut, die Förderung von Bildung und Gesundheit, den Einsatz für Klimagerechtigkeit, die Verwirklichung der Menschenrechte und die Sicherung des Friedens. Brot für die Welt versteht sich dabei als Teil einer internationalen Zivilgesellschaft und einer weltumspannenden Kirche, die sich für gesellschaftliche Teilhabe aller einsetzt und die sich auf die Seite der Armen und Marginalisierten stellt.

Diese politischen Anliegen gründen auf über 60 Jahre Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen und Partnerkirchen. Brot für die Welt bringt Positionen der Partner aus mehr als 80 Ländern in die politischen Debatten gegenüber Entscheidungsträger:innen in Politik und Wirtschaft in Deutschland und in der EU zur Sprache. Die Partner im Globalen Süden treten auch in ihren Ländern für die Verbesserung menschlicher Lebensverhältnisse ein und engagieren sich für mehr Gerechtigkeit. Gemeinsam mit den Partnern setzt sich Brot für die Welt für die Erreichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 ein sowie für eine sozialökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Dieses politische und anwaltschaftliche Mandat von Brot für die Welt ist in der Satzung des EWDE (Paragraph 7, Absatz 3) verankert: Das Werk ergreift und fördert Maßnahmen, die in Kirche, Öffentlichkeit und Politik das Bewusstsein und die Bereitschaft wecken und stärken, sich für die Vorbeugung von Katastrophen und die Überwindung von Not, Armut, Verfolgung und Unfrieden in der Welt einzusetzen und die dazu beitragen können, dass sich die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige menschliche Entwicklung verbessern.

Im Rahmen dieses Mandats adressiert die Lobbyarbeit von Brot für die Welt politische Entscheidungsträger:innen auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene. Dies erfolgt u.a. über öffentliche Veranstaltungen und Fachpodien zu unseren Schwerpunktthemen, über den Dialog mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages und der Bundesministerien, die mit entwicklungspolitischen, menschenrechtlichen und ökologischen Anliegen befasst sind, aber auch durch Briefe, Stellungnahmen, Positionspapiere, Veröffentlichung von Studien und durch Kampagnen. Diese Arbeit verfolgt Brot für die Welt, gemeinsam mit strategischen Partnern, auch im Rahmen von Bündnissen, Netzwerken, Foren und Verbänden.

Konkrete Regelungsvorhaben (36)

1. Anpassung Gesetz zur Gewinnung von Pflegekräften aus dem Ausland (Rechtsvorgaben statt Gütesiegel)

Beschreibung:

Brot für die Welt setzt sich dafür ein, dass anstatt freiwilliger Gütesiegel für private Vermittlungsagenturen rechtliche Vorgaben mit entsprechenden Regulationsmechanismen und eine feste Bindung an die WHO Regeln zur fairen Rekrutierung eingeführt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

AuslPflKrGewQSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

2. Keinerlei Anwerbung ausländischer Gesundheitsfachkräfte aus WHO-Staatenliste mit kritischen Mangel

Beschreibung:

Brot für die Welt setzt sich dafür ein, dass keinerlei Anwerbung ausländischer Gesundheitsfachkräfte aus Ländern der WHO-Staatenliste mit kritischem Mangel, weder von staatlicher noch von privater Seite aus, erfolgt (§38 inkl. Anlage BeschVO (im BMAS)).

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

3. Umsetzung der ILO-Konvention 181 "Übereinkommen über private Arbeitsvermittler" in nationales Recht

Beschreibung:

Umsetzung der ILO-Konvention 181 "Übereinkommen über private Arbeitsvermittler" in nationales Recht [Anwerbung ausländischer Gesundheitsfachkräfte]

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

4. Ablehnung des bilateralen Handelsabkommens zwischen der EU und Kenia (EPA) durch den Dt. Bundestag

Beschreibung:

Brot für die Welt setzt sich für die Ablehnung des bilateralen Handelsabkommens zwischen der EU und Kenia (EPA) durch den Dt. Bundestag ein.

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

5. Ablehnung des Investitionsabkommens EU-Angola durch den Dt. Bundestag

Beschreibung:

Brot für die Welt setzt sich für eine Ablehnung des Investitionsabkommens EU-Angola durch den Dt. Bundestag ein.

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu];
Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

6. Ablehnung oder Erweiterung des plurilateralen Abkommens zur Digitalisierung durch den Dt. Bundestag

Beschreibung:

Brot für die Welt setzt sich für eine Ablehnung oder Erweiterung des plurilateralen Abkommens zur Digitalisierung durch den Dt. Bundestag ein.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]

7. Internationaler Pandemievertrag der WHO - TRIPS-Waiver und PABS-Mechanismus

Beschreibung:

Gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen setzt sich Brot für die Welt gegenüber der Bundesregierung dafür ein, dass ein robuster, verbindlicher und gerechter PABS-Mechanismus im Rahmen des Pandemievertrags der WHO geschaffen wird. Konkret bitten wir die Bundesregierung, die EU-Position dahingehend zu beeinflussen, jedes Ergebnis abzulehnen, das den Zugang zu Krankheitserregern von einem verbindlichen Vorteilsausgleich trennt. Stattdessen sollte auf ein transparentes PABS-System hingearbeitet werden, das einen gerechten Zugang zu medizinischen Produkten durch vertraglich festgesetzte und durchsetzbare Verpflichtungen sicherstellt.

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2605270017 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

8. Änderung des WTO-Agrarabkommens zur Absicherung von Ernährungssicherungsprogrammen (beim Brechen 10% Subventionsziel)

Beschreibung:

Brot für die Welt setzt sich ein für die Aufnahme einer permanenten Lösung für den Fall, dass Staaten das 10% Subventionsziel brechen, um mit Festpreisen für Landwir:innen Ernährungssicherungsprogramme zu bedienen

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

9. **Erweiterung des Internationalen Abkommens zum Verbot schädlicher Subventionen, die zu illegaler Fischerei führen**

Beschreibung:

Brot für die Welt wirbt dafür, dass das Abkommen um ein Kapitel zum Verbot schädlicher Subventionen, die zur Überfischung führen, erweitert wird.

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Fischerei/Aquakultur [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

10. **Änderung der Saatgutverordnung im Rahmen der EU-Agrarpolitik**

Beschreibung:

Brot für die Welt setzt sich für eine Reform der EU-Saatgutverordnung (Plant Reproductive Material Regulation, PRM) und Evaluierung der EU-Verordnung des gemeinschaftlichen Sortenschutzes (Community Plant Variety Right - CPVR) ein. Konkret: Einsatz für Anwendung von Policy for Development Coherence auf Basis der EU-Verträge und Stärkung sowie Umsetzung der Rechte der Bäuer*innen auf Basis der farmer's rights des FAP Saatgut Vertrags und der UNDROP.

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

11. **Anpassung im Kapitel "Externe Dimension" der Gemeinsamen Europäischen Fischereipolitik (Nachhaltigkeitsbestimmungen)**

Beschreibung:

Brot für die Welt setzt sich im Kontext "Regulation (EU) No 1380/2013 on the Common Fisheries Policy" für eine Erweiterung der Artikel 28 (External Dimension) ein, damit die Nachhaltigkeitsregelungen für alle EU-Investoren in Fischerei gelten; d.h. auch Einbezug aller europ. Kapitalbeteiligungen an Fangaktivitäten außerhalb von EU Gewässern, auch bei Drittstaatenflaggen.

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Fischerei/Aquakultur [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

12. **Erweiterung im Kapitel Staatenverpflichtungen und Umsetzung der FAO-Leitlinien zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung sowie CFS-Finanzierung**

Beschreibung:

Brot für die Welt setzt sich dafür ein, dass die dt. Bundesregierung und die EU im CFS der FAO eine Erweiterung im Kapitel Staatenverpflichtungen und Umsetzung der FAO-Leitlinien zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung einfordern. Die dt. Bundesregierung und die EU sollten das CFS finanziell stärken und langfristig absichern und das Modell des CFS

international und in den UN-Gremien als Ansatz für inklusive und menschenrechtsbasierte Entscheidungsfindung verbreiten.

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

13. **Ablehnung der Ratifizierungsgesetze der EU-EPAs für Kamerun, Ghana, Cote d'Ivoire und SADC**

Beschreibung:

Brot für die Welt setzt sich dafür ein, dass die Bundesregierung die Ratifizierungsgesetze der EU-EPAs für Kamerun, Ghana, Cote d'Ivoire und SADC ablehnt.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

<https://www.bmz.de/de/themen/privatwirtschaft/wirtschaftspartnerschaftsabkommen-afrikanische-staaten>

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406250086** (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.04.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [alle SG dorthin]

14. **Ablehnung der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten durch die Bundesregierung**

Beschreibung:

Das BMI hat im Auftrag der Ministerpräsidentenkonferenz geprüft, ob und unter welchen Umständen Asylverfahren an Drittstaaten ausgelagert werden können. Brot für die Welt setzt sich für eine Ablehnung dieses Verfahrens durch die Bundesregierung und die Ministerpräsidentenkonferenz ein.

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406250090** (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

15. **Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit**

Beschreibung:

Brot für die Welt setzt sich in Zusammenarbeit mit der Initiative Lieferkettengesetz ein, Menschenrechts- und Umwelt-Safeguards in der EU-Lieferkettenverordnung zu verankern: risikobasierte Sorgfaltspflicht für gesamte Wertschöpfungskette, Verantwortung direkt bei den Unternehmen, faire und sachgerechte Verteilung der Beweislast, Sorgfaltspflichten für den Finanzsektor, umfassender Schutz für die Umwelt, Sorgfaltspflichten für das Klima).

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Internationale Beziehungen [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406250094** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [alle SG dorthin]

16. **Nachhaltigkeitskriterien für Wasserstoffimporte (inkl. Derivate; Stickstoffdünger)**

Beschreibung:

Es muss frühzeitig eine einheitliche Grundlage für nachhaltige Wasserstoffimporte geschaffen werden. Markt und Akteure müssen frühzeitig auf die Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien bei zukünftigen Wasserstoffimporten nach Deutschland vorbereitet werden. Brot für die Welt setzt sich u.a. dafür ein, dass keine Finanzierung mit öffentlichen Mitteln von neuen Kapazitäten zur Ammoniakherstellung erfolgt, auch wenn sie auf "grünem" Wasserstoff basieren.

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406250085 (PDF - 44 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [alle SG dorthin]

17. Ausreichende Mittelausstattung für den Einzelplan 23 und 05 im Haushalt 2025 (Entwicklungsfinanzierung & humanitäre Hilfe)

Beschreibung:

Brot für die Welt setzt sich ggü. Bundesregierung und Bundestag für eine ausreichende Mittelausstattung für den Einzelplan 23 und 05 (Entwicklungsfinanzierung und humanitäre Hilfe) ein - unter besonderer Berücksichtigung des Schwerpunktes Ernährungssicherung.

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Internationale Beziehungen [alle RV hierzu];

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

18. Gesetzliche Grundlage für eine verbindliche Anlagenstrategie für das geplante Generationenkapital

Beschreibung:

Die Mitglieder des Bundestags werden aufgefordert, das Gesetz um ein klima-, umwelt- und menschenrechtsbasiertes Anlagemanagement zu ergänzen, das auf den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen basiert. Das wäre nur folgerichtig, da sich die Bundesrepublik zu diesen Standards bekannt und zur Klimarahmenkonvention verpflichtet hat. Neben den Aspekten Sicherheit, Liquidität und Rendite sollte der Gesetzgeber einen

vierten Anlagegrundsatz „Nachhaltigkeit“ festschreiben. Der Sustainable-Finance-Beirat der Bundesregierung empfiehlt, dieses „magische Viereck“ auf alle Kapitalanlagen der öffentlichen Hand anzuwenden, einschließlich des Generationenkapitals.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11898 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zum Aufbau eines Generationenkapitals für die gesetzliche Rentenversicherung (Rentenniveaustabilisierungs- und Generationenkapitalgesetz)

1. Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2410140005 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.09.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

19. Entwicklungspolitische Prioritäten zur Bundestagswahl

Beschreibung:

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2025 und die sich daran anschließenden Koalitionsverhandlungen setzt sich Brot für die Welt (1) für eine (auch global koordinierte) gerechte Besteuerung von großen Vermögen in Milliardenhöhe ein, wirbt (2) dafür, dass die Überprüfung der Auswirkung auf die Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele als Regelverfahren in Gesetzgebungsprozessen auf nationaler Ebene etabliert wird und dass (3) die EU-Lieferkettenrichtlinie zügig und ambitioniert in nationales Recht umgesetzt wird, ohne das deutsche Lieferkettengesetz abzuschwächen.

Betroffenes geltendes Recht:

LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Internationale Beziehungen [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2411290009** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.11.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

20. Forderungen der Klima-Allianz Deutschland zur Bundestagswahl

Beschreibung:

Die Klima-Allianz fordert u.a. die Einhaltung des Klimaschutzgesetzes und die Verankerung eines Mechanismus bei Verfehlung der nationalen EU-Klimaziele. Außerdem fordert sie ein sofortiges Sondervermögen für Klimaschutz, Transformation und soziale Daseinsvorsorge sowie eine weitreichende Reform der Schuldenbremse sowie einen Ab- und Umbauplan für klima- und umweltschädliche und sozial ungerechte Subventionen.

Betroffenes geltendes Recht:

KSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu];

Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2501220002** (PDF - 36 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.01.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

21. Digitalpolitische Prioritäten zur Bundestagswahl von Bits & Bäume

Beschreibung:

Die Forderungen zielen darauf, die Potenziale der Digitalisierung für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Zukunft besser zu nutzen. Hierzu bedarf es u.a. eines nationalen Rechtsrahmens für KI in der Arbeitswelt, eines Beschäftigtendatenschutzgesetzes sowie der Umsetzung der Europäischen Richtlinie zur Plattformarbeit.

Betroffenes geltendes Recht:

IFG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2501290018 (PDF - 14 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.01.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

22. Haltung der Bundesregierung gegenüber dem Omnibus-Gesetzesvorhaben der EU-Kommission

Beschreibung:

Die Bundesregierung soll sich gegenüber der EU-Kommission dafür einsetzen, dass die EU-Lieferkettenrichtlinie nicht noch einmal geöffnet wird und die darin enthaltenen Standards erhalten blieben. Zudem soll sie sich dafür einsetzen, dass die EU-Kommission in dem Vorhaben zügig und klar kommuniziert sowie die Standards an eine transparente Konsultation einhält.

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

23. Positionspapier zu den Koalitionsverhandlungen zu Fragen der Entwicklungszusammenarbeit

Beschreibung:

(1) Die Bundesregierung stellt mind. 0,7 % des BNE für die öffentliche EZ, und davon mind. 0,2 % für die LDCs, sowie eine bedarfsgerechte Finanzierung der Humanitären Hilfe bereit; (2) Die drei großen UN-Konventionen UNFCCC, CBD und UNCCD bilden mit dem Menschenrecht auf Nahrung und den CFS- Beschlüssen den Rahmen für ernährungsrelevante Gesetzgebungen; (3) Aufwuchs der bereitgestellten Mittel für Klimafinanzierung auf 10 MRD. Euro jährlich bis 2030; (4) Genfer Flüchtlingskonvention, Europäische Menschenrechtskonvention und Gemeinsames Europäische Asylsystem bilden die Grundlage für das Regierungshandeln; (5) Die CSDDD wird zeitnah, europarechtskonform in deutsches Recht umgesetzt; (6) Die Bundesregierung verabschiedet einen neuen Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte.

Betroffenes geltendes Recht:

BHO [alle RV hierzu]; LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Außenpolitik [alle RV hierzu]; Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Internationale Beziehungen [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu];

Menschenrechte [\[alle RV hierzu\]](#); Migration [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. **SG2502280003** (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.02.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. **SG2503260002** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

3. **SG2503260003** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

4. **SG2503260009** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

24. Brot für die Welt fordert mit 78 anderen Akteuren die Kontrolle von Online-Plattformen

Beschreibung:

Brot für die Welt fordert die nächste Bundesregierung im Rahmen eines offenen Briefs auf, sich in der kommenden Legislaturperiode entschlossen dafür einzusetzen, dass Online-Plattformen das gesellschaftliche Gemeinwohl und den demokratischen Diskurs fördern, um damit Hassrede, Desinformationen und gesellschaftliche Spaltung in die Schranken zu weisen. Das beinhaltet: i) Wettbewerbs- und Kartellrecht auf digitale Plattformen anwenden und punktuell verschärfen. ii) Transparenz bei den algorithmischen Systemen von Plattformen erwirken.

Betroffenes geltendes Recht:

DDG [alle RV hierzu]; GWB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2503050001 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2503260007 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

25. Argumente: Internationale Klimafinanzierung, Reform Schuldenbremse, Reichensteuer, Subventionsabbau

Beschreibung:

Argumente für die Koalitionsverhandlungen, um Aufwüchse bei der internationalen Klimafinanzierung zu garantieren, klimaschädliche Subventionen abzubauen, eine Reform der Schuldenbremse in Betracht zu ziehen und eine Besteuerung von extremen Vermögen international zu koordinieren und umzusetzen.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]; BHO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Stellungnahmen/Gutachten (6):

1. **SG2503050002** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.02.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2503050003** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.02.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **SG2503050005** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.02.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. **SG2503260005** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. **SG2503260006** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. **SG2503260008** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

26. Gerechte Besteuerung von Superreichen

Beschreibung:

Die Investitionslücke bei öffentlichen Investitionen ist immens. Forschungsinstitute schätzen, dass allein für Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz, Bildung und öffentliche Infrastruktur jährlich mindestens 60 Mrd. EUR zusätzlich erforderlich sind. Hinzu kommen dringend benötigte Gelder für die nachhaltige Finanzierung eines verlässlichen Sozialstaats sowie für EZ und humanitäre Hilfe. Um die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen, werden weder die vorgeschlagenen, größeren Verschuldungsspielräume noch die Reform der Schuldenbremse ausreichen. Vielmehr braucht es auch höhere Einnahmen durch ein gerechtes Steuersystem. Jetzt ist der Moment, die Besteuerung großer Vermögen anzugehen.

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2503260004 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

27. Reform der Schuldenbremse an 0,7 Prozent Bedingung für ODA knüpfen

Beschreibung:

Im Zuge der Verhandlungen zur Reform der Schuldenbremse und zum Sondervermögen Infrastruktur sollte darauf hingewirkt werden, dass auch genügend Mittel für den Kampf gegen extreme Armut und Hunger bereitgestellt werden und Deutschland mindestens 0,7 Prozent seines BNE für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zur Verfügung stellt.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/15096 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 109, 115 und 143h)

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2503260001** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

28. **Bundeshaushalt 2025/26: Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe mit ausreichend finanziellen Mitteln unterlegen**

Beschreibung:

Im Zuge der Verhandlungen zum Bundeshaushalt 2025 und zum Bundeshaushalt 2026 setzt sich Brot für die Welt in Gesprächen dafür ein, dass die Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Dabei muss sich die Bundesregierung an ihrem Versprechen auf der FfD4 in Sevilla orientieren, 0,7 Prozent des BNE für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zur Verfügung und davon 0,2 Prozent für die LDCs. Hierfür sind Mittelaufwüchse in den Einzelplänen 05,23 und 15 (Titel für Globale Gesundheit) unerlässlich.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/500 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. **SG2510310006** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2511190006** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.11.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **SG2512080001** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.11.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. **SG2512080002** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.11.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

29. **Forderungen zur Klimakonferenz COP30**

Beschreibung:

Unser COP30 Policy Brief fordert (1) Die Entscheidung für eine Auswahl von Anpassungsindikatoren im Global Goal on Adaptation (GGA), (2) Die Zusage für eine Aufstockung der Klimafinanzierung auf 1,3 Billionen US-Dollar insgesamt bis 2035, davon mindestens 300 Milliarden von Industrieländern an Entwicklungsländer, (3) Den Beschluß zu einem Statusbericht zu Schäden und Verlusten im Rahmen der Überprüfung des Warschauer Internationalen Mechanismus.

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2510300028** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.09.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [alle SG dorthin]

30. **Förderung agrarökologischer Ansätze und Einsatz für Recht auf Nahrung, Wasser und gesunde Umwelt**

Beschreibung:

Brot für die Welt setzt sich gegenüber der Bundesregierung für das Recht auf Nahrung, Wasser, eine gesunde Umwelt ein. Dazu soll die Bundesregierung insb. agrarökologische Prinzipien und Ansätze fördern und finanziell unterstützen. Auf EU-Ebene wirbt Brot für die Welt für ein gleichbleibend hohes GAP-Budget für die GAP nach 2027 und fordert, dass diese Gelder an Leistungen der Bauern geknüpft werden. Auf internationaler Ebene tritt Brot für die Welt für eine Stärkung der FAO und des CFS ein, um resiliente Ernährungssysteme zu fördern und zivilgesellschaftliche Partizipation zu sichern.

Betroffenes geltendes Recht:

HG 2026 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2602250001** (PDF - 16 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat
(BMLEH) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung (BMZ) [alle SG dorthin]

2. **SG2602250002** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat
(BMLEH) [alle SG dorthin]

31. **Bundeshaushalt 2027: Ausreichend finanzielle Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe**

Beschreibung:

Im Zuge der Verhandlungen zum Bundeshaushalt 2027 setzt sich Brot für die Welt in Gesprächen dafür ein, dass die Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2605270015 (PDF)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

32. Umsetzung der EU-Lieferkettenverordnung in deutsches Recht

Beschreibung:

Im Rahmen der Initiative Lieferkettengesetz setzt sich Brot für die Welt gegenüber der Bundesregierung und Bundestag für eine wirksame und völkerrechtskonforme Umsetzung der CSDDD in deutsches Recht ein. Zentraler Maßstab ist dabei das menschenrechtliche Regressionsverbot aus dem VN-Sozialpakt und dem EU-Recht. Unzulässig wäre insbesondere eine Anpassung des persönlichen Anwendungsbereichs des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) an die CSDDD sowie eine vollumfängliche Umsetzung jener Bestimmungen der CSDDD, die Defizite des bestehenden LkSG adressieren. Dies betrifft insbesondere Art. 29 der CSDDD.

Interessenbereiche:

Menschenrechte [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2605270016 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.04.2026 an:

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [alle SG dorthin]

2. SG2610010001 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.09.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

33. Aussetzung des EU Israel Assoziierungsabkommens

Beschreibung:

Mit Bestürzung haben wir die Entscheidung der Knesset zur Ausweitung der Todesstrafe in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten aufgenommen. Die Einführung der Todesstrafe, verbunden mit den in dem Gesetz verankerten Tatbeständen und Zuständigkeiten, verletzt elementare rechtsstaatliche Grundsätze, internationale Menschenrechtsstandards, und humanitäres Völkerrecht, inklusive der sich aus den Genfer Konventionen ergebenden Verpflichtungen einer Besatzungsmacht. Die Verabschiedung des Gesetzes steht im Kontext der ohnehin gravierende Menschenrechtssituation insbesondere in den besetzten palästinensischen Gebieten. Vor diesem Hintergrund bitten wir die Bundesregierung, sich auf EU-Ebene für die Aussetzung des EU-Israel Assoziierungsabkommens einzusetzen.

Interessenbereiche:

Außenpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Menschenrechte [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2605270034](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.04.2026 an:

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [\[alle SG dorthin\]](#)

34. EU-Verhandlungsmandat UN-Treaty zu Wirtschaft und Menschenrechten

Beschreibung:

Seit 2014 verhandelt eine Arbeitsgruppe im UN-Menschenrechtsrat über ein rechtsverbindliches Instrument zu transnationalen Unternehmen und Menschenrechten („UN-Treaty“). Wir bitten das BMZ, das AA und das BMAS, im EU-Rat mit Nachdruck für ein zeitnahes Verhandlungsmandat einzutreten. Ein UN-Treaty dient dem weltweiten Menschenrechtsschutz und liegt im ureigenen Interesse der EU, deren Mitgliedstaaten bis Mitte 2028 ohnehin die EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) umsetzen müssen. Deutschland und die EU würden damit auch einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Multilateralismus und einer regelbasierten Ordnung leisten.

Interessenbereiche:

Menschenrechte [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2608110009](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.06.2026 an:

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [\[alle SG dorthin\]](#)

35. **Position der Bundesregierung zum MFR der EU (GEI)**

Beschreibung:

Deutschland sollte den vorgeschlagenen Finanzrahmen i.H.v. 200,3 Mrd. EUR für das Global Europe Instrument in voller Höhe mindestens verteidigen und sicherstellen, dass Rubrik 3 (Global Europe) weiterhin mind. 10–11 % des gesamten MFR ausmacht. Neben einem angemessenen Budget muss Deutschland sicherstellen, dass die Verordnung zum Global Europe Instrument die Qualität, Planbarkeit und strategische Ausrichtung der europäischen Entwicklungsfinanzierung schützt. Zuschüsse sind unverzichtbar für nachhaltige Ernährungssysteme, globale Gesundheit, Bildung, Klimaanpassung, Friedensförderung und andere globale öffentliche Güter, die nicht auf kommerzielle Finanzierung angewiesen sein können – insbesondere in fragilen oder von Konflikten betroffenen Gebieten sowie in hoch verschuldeten Ländern.

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2610190001** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.09.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [\[alle SG dorthin\]](#)

36. **Einsatz gegen eine Zusammenlegung von UN Women und UNFPA**

Beschreibung:

Aus zivilgesellschaftlicher Sicht ist bislang nicht überzeugend dargelegt worden, dass ein Zusammenschluss von UN Women und UNFPA die erhofften Effizienz- und Einsparpotenziale tatsächlich erreicht. Wir begrüßen die bisherige Haltung Deutschlands, einen Zusammenschluss ohne verlässliche Absicherung der bestehenden Mandate nicht zu unterstützen. Wir bitten die Bundesregierung daher, diese Position auch in den anstehenden Beratungen weiterhin sichtbar und entschieden einzubringen und sich für Reformansätze einzusetzen, die die Mandate von UN Women und UNFPA schützen, die Zusammenarbeit beider Organisationen stärken und ihre Handlungsfähigkeit erhalten.

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (11):

1. Auswärtiges Amt

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 590.001 bis 600.000 Euro

Zuwendung aus dem Sonderprogramm des AA Referat 604 - Stipendien für Studierende aus Ost- und Südosteuropa sowie aus Entwicklungsländern und Begleitmaßnahmen

2. Bundesministerium des Inneren

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin-Bonn

Betrag: 1.380.001 bis 1.390.000 Euro

Zuwendung des BMI aus Kapitel 0603 Titel 68432 Hilfen für die deutsche Minderheit in Rumänien

3. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung /Engagement

Global Service für Entwicklungsinitiativen

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin-Bonn

Betrag: 9.860.001 bis 9.870.000 Euro

Zuwendung des BMZ aus dem HH-Titel 687-72-023 / 896 32-023 für das Programm Ziviler Friedensdienst

4. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung /Engagement

Global Service für Entwicklungsinitiativen

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin-Bonn

Betrag: 6.510.001 bis 6.520.000 Euro

Zuwendungen des BMZ aus dem Einzelplan 23 des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung/Titel 687 74 023 "Entwicklungspolitischer Austausch und Freiwilligendienst" (mittelbar zugeflossen über Evang. Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V., EZE)

5. **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin-Bonn
Betrag: 152.280.001 bis 152.290.000 Euro
Zuwendungen aus dem Haushaltstitel 89604 des BMZ Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben der Kirchen (mittelbar zugeflossen über Evang. Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V., EZE)
6. **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin-Bonn
Betrag: 5.860.001 bis 5.870.000 Euro
Zuwendungen aus den Sonderinitiativtiteln (89631, 89632, 89633, 68701) des BMZ (mittelbar zugeflossen über Evang. Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V., EZE)
7. **Europäische Kommission**
Europäische Union
Brüssel, Belgien
Betrag: 1.580.001 bis 1.590.000 Euro
Zuwendung aus EU international Partnership (INTPA)
8. **Bayrische Staatskanzlei**
Deutsche Öffentliche Hand – Land
München
Betrag: 430.001 bis 440.000 Euro
Zuwendung der Bayerischen Staatskanzlei aus dem Haushaltsjahr 2020 für das Projekt Umweltlabor und Kirchenwaldbibliothek für den Bole Bulbula Kirchenwald, Äthiopien.
9. **Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin-Bonn
Betrag: 260.001 bis 270.000 Euro
Zuwendung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft aus dem Titel 68702
10. **Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz//Internationale Klimaschutzinitiative**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 250.001 bis 260.000 Euro
Zuwendung aus Titel 89641 für Jugend für den Klimaschutz in El Salvador
11. **Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz//Internationale Klimaschutzinitiative**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 130.001 bis 140.000 Euro
Zuwendung aus Kapitel 0903 Titel 896 41 Projekt zur Förderung inklusiver Klimaresilienz in Fidschi und gesamtgesellschaftlichen Ansatzes für wirksame Klimaanpassungsmaßnahmen

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

72.580.001 bis 72.590.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

BfdW_Jahresbericht_2025.pdf